

Necla Kelek  
Chaos  
der  
Kulturen

Die Debatte um Islam  
und Integration

*Ausgewählte Reden und Schriften*  
2005–2011

Kiepenheuer & Witsch



Verlag Kiepenheuer & Witsch, FSC® N001512

1. Auflage 2012

© 2012, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlaggestaltung: Barbara Thoben, Köln

Umschlagmotiv: © Jochen Twelker

Gesetzt aus der Dante

Satz: Buch-Werkstatt GmbH, Bad Aibling

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

ISBN 978-3-462-04428-7

## Wir haben das Recht, an Goethe Kritik zu üben.<sup>2</sup>

Rede zur Verleihung des  
Geschwister-Scholl-Preises 2005 in München

Als ich davon hörte, dass Sie mir hier in München den Geschwister-Scholl-Preis verleihen wollen, musste ich an die erste Tafel Schokolade denken, die ich in München bekam. Es war im August 1967, als ich, damals zehn Jahre alt, mit meiner großen Schwester und meinem kleinen Bruder nach einer dreitägigen Zugreise von Istanbul durch den Balkan auf dem Münchener Hauptbahnhof ankam. Wir waren hungrig und orientierungslos. Unsere Mutter hatte uns am Bosphorus in die Bahn gesetzt, mit Fahrkarten, der Adresse unseres Vaters in Niedersachsen, einem Essenskorb und der strikten Anweisung, mit niemandem zu sprechen, höchstens mit einem Menschen, der eine Uniform trüge. Unsere Verpflegung hatten wir bereits kurz hinter der bulgarischen Grenze aufgezehrt.

Wir hatten gehört, dass es in Deutschland fahrende Treppen und drehende Fenster gab, vor allem aber war es für uns das Land von Hänsel und Gretel und Rotkäppchen und dem bösen Wolf. Außerdem hatte uns mein Vater bei seinem letzten Besuch in der Türkei die deutsche Nationalhymne vorgesungen: »Wenn ihr die könnt, dann seid ihr drin in Deutschland.« Nun standen wir mit leeren Magen und dem »Lied der Deutschen« in der Tasche auf dem Bahnsteig in der gro-

ßen schwarzen Halle, als hätten wir uns im Wald verlaufen. Mein kleiner Bruder heulte, denn noch schlimmer als Heimweh war sein Hunger. Ein Bahnschaffner kümmerte sich um uns, setzte uns in den richtigen Zug und schenkte uns, kurz bevor der Zug losfuhr, eine Tafel Schokolade. Unsere erste. Wir waren gerettet und konnten es gar nicht fassen, dass man uns zur Begrüßung so etwas Köstliches schenkte.

## 2.

Nachdem sich die große Rührung, die diese Auszeichnung in meiner türkischen Seele ausgelöst hat, ein bisschen gelegt hatte, dachte ich nach, worüber ich hier sprechen möchte. Ich habe mir die eindrucksvolle Reihe der Reden der vor mir Geehrten angesehen, aber als Erstes die Briefe und Aufzeichnungen von Hans und Sophie Scholl gelesen. Und Hans Scholl hat mich auch auf das Thema gebracht, über das ich mit Ihnen sprechen möchte. In seinem Russlandtagebuch findet sich am 22. August 1942 folgender Eintrag:

»O ja, Sie verteidigen die europäische Kultur, mein Lieber, obgleich Sie selbst unter Kultur Ihre Nagelfeile und Ihr Wasserklosett verstehen, vielleicht auch Ihre kleine Vormachtstellung vor anderen und Ihre Briefmarkensammlung. Und Goethe, Schiller, was ist mit diesen beiden Fixsternen am deutschen Nachthimmel (...)?»

Und dann, ein paar Zeilen weiter:

»Wir haben das Recht, wenn wir Dostojewski gelesen haben, an Goethe Kritik zu üben. Aber zunächst müssen wir

ihn verteidigen. Wir müssen ihn schützen, indem wir uns selber schützen.«

Ich möchte mit Ihnen über Deutschland sprechen.

### 3.

Ich lebe jetzt seit 37 Jahren in diesem Land, bin hier zur Schule gegangen, habe hier einen Beruf erlernt, habe studiert, gearbeitet, unterrichtet, geforscht, geschrieben, habe geheiratet, wurde geschieden, bin Mutter eines zehnjährigen Jungen, habe inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft, ich liebe meine kleine und meine große Familie ... und ich liebe Deutschland.

Ja, Sie haben richtig gehört: Ich liebe dieses Land.

Ich kann Ihnen auch sagen, warum. Dass ich heute hier stehe und alles, was ich im Laufe meines Lebens an persönlicher Freiheit gewinnen konnte, habe ich der deutschen Gesellschaft zu verdanken. Sicher, ich habe mir Freiheit erkämpfen müssen gegen meinen Vater, der dies nicht ertragen konnte, und ich hatte einen großen Bruder, der mir die Freiheit ließ, aber dass ich mir die Freiheit nehmen und wie mein kleiner Bruder leben konnte, habe ich der Verfassung dieses Landes zu verdanken.

Und den Menschen, die diese Kultur leben und verantworten.

Es war meine Lehrerin, die dafür sorgte, dass ich wieder zur Schule ging; es war der Personalchef, der sich weigerte, mich mit 14 in seiner Werkstatt zu beschäftigen; es war die Gewerkschaftssekretärin Gilbert Lebien, die meine Mutter überredete, mich an Seminaren teilnehmen zu lassen; es waren die Kollegen, die mich zur Jugendvertreterin wähl-

ten; es war meine Wohngemeinschaft, die mir abverlangte, für mich und andere verantwortlich zu sein.

Aber es waren auch die Literatur und das Studium, die mich zu diesen Schritten ermutigten, die mich kritisches Denken lehrten. Die Frage »Warum?« war in meiner Erziehung wie auch in der muslimischen Gemeinde, in der ich groß wurde, nicht vorgekommen. Und so war mein Weg in die Freiheit auch ein Prozess, der von einer sehr grundsätzlichen inneren und äußeren Auseinandersetzung begleitet war. Ich habe mir meine Freiheit erkämpft, aber um mit ihr etwas anfangen zu können, musste ich lernen. Meine Freiheit entstand aus Zweifel, Neugier und Kleinmut.

Ich war oft verzweifelt und nur manchmal mutig.

Heute muss ich nicht mehr mutig sein, denn ich bin nicht allein. Es ist die deutsche Gesellschaft, die dem kleinen Mädchen aus Istanbul den Zweifel, das Vertrauen, den Mut und die Freiheit schenkte.

#### 4.

Ich war 19 Jahre alt, Auszubildende zur technischen Zeichnerin in einer Lkw-Fabrik und Jugendvertreterin der IG Metall, als ich 1977 eingeladen wurde, an der Preisverleihung der Carl-von-Ossietsky-Medaille teilzunehmen. Preisträger war der Widerstandskämpfer und legendäre Gewerkschafter Willi Bleicher. Als er zu Ehren Ossietzkys, des Journalisten, der den Friedensnobelpreis verliehen bekam und ihn nicht entgegennehmen konnte, weil er im Konzentrationslager saß, einen Kranz niederlegen wollte, stand ich einige Schritte von ihm entfernt. Er blickte sich kurz um, bat mich, ihm zu helfen. Danach drückte er mir die Hand und sagte: »Danke.«

Diese persönliche Begegnung und die ständige Präsenz der Auseinandersetzung um Verantwortung und Schuld der Deutschen haben mich überzeugt: Es gibt in der Geschichte wohl kein Volk, das sich so offen seiner Geschichte gestellt hat, wie in den letzten dreißig Jahren das deutsche. Die Verantwortung für das, was während des Faschismus geschah, ist in der deutschen Gesellschaft tief verwurzelt. Von Forschungsprojekten bis hin zu Schülerwettbewerben, von Mahnmalen bis zu öffentlichen Debatten ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte ständig präsent. Das geht manchmal so weit, dass diese Gesellschaft sich selbst nicht traut, stolz auf das zu sein, was sie sich an zivilen Werten in den vergangenen sechzig Jahren erarbeitet hat. Stolz auf dieses Land zu sein ist den meisten Deutschen immer noch verdächtig. Manchmal fehlt ihnen ein wenig von dem Selbstwertgefühl, das andere im Übermaß vor sich hertragen.

Und zuweilen hindert dieser Mangel an Stolz die Deutschen auch, Missstände anzuprangern, die sie wahrnehmen, besonders wenn es um Menschen aus anderen Kulturen geht. Die Deutschen hätten kein Recht dazu, diese Meinung ist unter den Deutschen selbst weitverbreitet. Die Angst, an andere Maßstäbe anzulegen, die man für sich selbst für selbstverständlich hält, führt dazu, dass Freiheitsverletzungen akzeptiert werden, die nicht akzeptabel sind.

## 5.

So wird es als fester Bestandteil einer anderen Kultur akzeptiert, wenn Eltern ihre Kinder von der deutschen Gesellschaft fernhalten, beim Schwimmunterricht und bei Klassenreisen fehlen lassen, wenn Jungen und Mädchen getrennt aufwachsen sollen, wenn Jungen zu Wächtern

der Familie erzogen werden, wenn die Eltern bestimmen, wann und wen die Kinder zu heiraten haben. Es wird eine archaische, oft religiös begründete Kollektivkultur akzeptiert, die elementare Rechte der Verfassung verletzt.

Für eine Untersuchung des Bundesministeriums für Familie wurden 150 türkische Frauen befragt. Jede zweite Frau gab an, dass ihr Ehepartner von den Eltern ausgesucht wurde, jede vierte kannte den Partner vor der Ehe nicht, und zwölf von den 150 Frauen fühlten sich zur Ehe gezwungen. Auch heute – und ich betone, dies sind keine Ausnahmefälle – sind in diesen Kreisen Mädchen faktisch im Besitz der Väter und Brüder, man nennt sie die »Ehre der Familie« und passt auf sie auf.

Ältere bestimmen über ihr Leben, entscheiden, ob sie zur Schule gehen und wen sie heiraten. Ich selbst habe als junges Mädchen in Deutschland miterlebt, wie eine Freundin in der Nachbarschaft über zehn Jahre lang im Haus festgehalten wurde. Dieses Mädchen durfte nicht zur Schule, weil ihre Eltern arbeiteten und sie auf den jüngeren Bruder aufpassen musste. Und mit 16 Jahren wurde sie in die Türkei geschickt und dort verheiratet. Was für ein Leben hat dieses Mädchen gehabt? Ihm wurde jedes Recht auf ein eigenes Leben bestritten, ihm wurden Bildung und Selbstbestimmung verweigert.

Die Ehe ist im Islam kein Sakrament, sondern ein zivilrechtlicher Vertrag zwischen zwei Familien. Und dass geheiratet werden muss, ist in der türkisch-muslimischen Gesellschaft keine Frage. »Verheiratet die Ledigen!« steht im Koran, und die Familienoberhäupter nehmen diese Aufforderung wörtlich. Den jungen Menschen wird das elementare Recht vorenthalten, selbst zu entscheiden, ob, wen und wann sie heiraten. Und es mag in diesem Zusammenhang unwichtig sein, aber ich glaube, es ist keine verklärte Ro-

mantik: Damit wird ihnen auch die Liebe vorenthalten. Sie dürfen sich nicht verlieben. Ein Kontakt, ja selbst ein harmloser Flirt zwischen jungen Männern und Frauen ohne die Ehe ist nach traditioneller Auffassung undenkbar, ein Verstoß gegen den Sittenkodex, der geahndet wird.

## 6.

Diese Mentalität, das Festhalten am türkisch-muslimischen Common Sense in der Fremde, führt zu der Situation, die wir heute in Deutschland bei mindestens der Hälfte der hier lebenden Türken beobachten. Sie leben in der Moderne, sind dort aber nie angekommen. Sie leben in Deutschland nach den Regeln ihres anatolischen Dorfes. Sie haben sich in ihren Glauben, in ihre Umma (die Gemeinschaft der Gläubigen), in eine Parallelwelt zurückgezogen und reproduzieren sie, indem sie ihre Kinder so erziehen, wie sie selbst erzogen worden sind, und sie mit Mädchen und Jungen aus ihrer alten Heimat verheiraten.

Die Folgen sind dramatisch. Mangelnde Individualisierung und Selbstverantwortung ziehen mangelnden Bildungswillen nach sich. Wenn Eltern davon ausgehen, dass sie ihre Tochter mit 16 Jahren verheiraten, warum sollten sie dann in die Bildung dieses Kindes investieren, es Abitur machen oder studieren lassen? Es lohnt sich schlicht nicht. Mangelnde Verantwortung für die Zukunft, mangelnde Investition in die Bildung ihrer Kinder führen dazu, dass immer wieder der eigene soziale Status reproduziert wird – den man dann auch noch dem »Gastland« vorwerfen kann.

Und so relativiert sich auch die Mär von der türkischen Familie, in der sich alle so nahe sind, die Geborgenheit bietet. Diese Gemeinschaft ist in vielen Fällen ein Kontrollsys-

tem, in dem die älteren Männer bestimmen und kontrollieren, was die Familienmitglieder zu tun und zu lassen haben. Dort herrscht das Prinzip des Respekts und der Ehre, ein Jüngerer hat dem Älteren nicht zu widersprechen, und die Frauen sind die »Ehre«, sprich: der Besitz der Männer, und haben in der Öffentlichkeit nichts zu suchen. Es ist kein System der Fürsorge, sondern eine Besitzanzeige. Im Zweifelsfall entscheidet wie im Dorf die Großmutter, ob es angemessen ist, dass die Enkelin zur Schule geht. Keine guten Voraussetzungen für eine Demokratie, denn die braucht mündige Bürger.

Und so ist letztlich an der Frage der Gleichberechtigung der Frau die Integration einer großen Zahl von Türken in Deutschland gescheitert. Diese Erkenntnis ist um so bitterer, als in Deutschland in den letzten Jahrzehnten vielfältige politische und soziale Initiativen darauf gerichtet waren, die Stellung der Frau zu verbessern. Diese Chance wird immer noch von zu wenigen genutzt. Die Männer befürchten, dass ihnen die Macht über die Frauen verloren geht. Sie folgen – in Deutschland wie in der Türkei – einem anderen Weltbild.

## 7.

Lassen Sie mich deshalb ein wenig auf die türkische Seite der Medaille eingehen. Obwohl die türkische Verfassung die Schweizer Verfassung zum Vorbild hatte und im Zuge der Reformen vom Mai 2004 der Artikel 10 geändert wurde – es heißt jetzt »Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat ist verpflichtet, die Gleichheit zu verwirklichen« –, klafft eine große Lücke zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit. Ich möchte aus soziologischer Sicht dafür eine Erklärung versuchen.

Ein Grund liegt in der grundsätzlich anderen Auffassung über die Aufgaben und die Funktion des Staates und der Familie im traditionellen islamisch-türkischen Gesellschaftsmodell. Der Islam kennt keine Trennung von Staat und Religion. Die Gesellschaft ist vertikal, in Männer und Frauen, getrennt. Die Männer sind die Öffentlichkeit, die Politik, die Frauen die Privatheit, das Haus. Die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit ist Teil des traditionellen islamischen Weltbildes. Die Gesellschaft ist kein Ganzes mit Männern und Frauen, sondern es sind zwei Gesellschaften, die der Frauen und die der Männer. Wenn die Frau die Domäne der Männer, d. h. die Öffentlichkeit betreten will, muss sie sich nach dieser Auffassung verschleiern, um die Öffentlichkeit, sprich die Männer, nicht zu stören. Frauen stören, weil sie eine ständige Verführung für den Mann darstellen, vor der er geschützt werden muss, weil er sich so schwer beherrschen kann, heißt es.

Der Staat ist dieser Auffassung nach der Mann, er trägt Verantwortung für das Land und regelt den politischen und wirtschaftlichen Rahmen für seine Bürger. Das Haus ist die Frau, sie soll *im* Haus Entscheidungen treffen, aber *für* das Haus trägt der Mann wiederum die Verantwortung. Er kann seine Kinder so erziehen, wie er möchte, und verheiraten, mit wem er will, der Staat mischt sich nicht ein. Wer in der Öffentlichkeit über die Angelegenheiten der Familie spricht, verletzt das Gesetz der Umma. Dieses – vereinfacht dargestellte – Weltbild wird ungebrochen gelebt, ganz gleich, welche Rechte in der Verfassung garantiert werden. Deshalb auch regen sich die Nationalisten und Islamisten und ihre Presse so darüber auf, dass »Fremde« über die Armenienfrage und Zwangsheirat, über Ehrenmord und Gewalt in der Familie sprechen. Sie sind der Auffassung, das gehe keinen Fremden etwas an. Es ist eine Auffassung, die

der von Max Frisch gegebenen Definition diametral entgegensteht: »Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.«

8.

In den modernen Gesellschaften trägt jeder Verantwortung für sich selbst. Dem Individuum wird zugestanden und von ihm wird verlangt, sich zu beherrschen und für sein eigenes Handeln verantwortlich zu sein. Es besteht eine horizontale Trennung von Einzelem und der Gesellschaft.

In der türkisch-islamischen Welt dagegen ist der Mensch ein Sozialwesen, das sich nicht selbst, sondern der Gemeinschaft gehört. Er trägt Verantwortung für die anderen – der Ältere für den Jüngeren, die Männer für die Frauen, das Familienoberhaupt für die ganze Familie.

Wenn ich von »dem« Islam spreche, begegne ich natürlich sofort einer Reihe von Einwänden. Es gebe nicht »den« Islam, sagt man. Es gebe Schiiten, Sunniten, Aleviten, Wahabiten, unterschiedliche Rechtsschulen etc., es gebe den »Euro-Islam« wie den in Indonesien. Der Islam sei von seiner Anlage her keine Kirche, und es gebe die Herrschaft der islamistischen Fundamentalisten ebenso wie die Auffassungen der Modernisierer wie beispielsweise Fatima Merinissi oder Youssef Seddik, der den Koran als zutiefst individualistische Metapher deute.

Ich bin Soziologin, und mir geht es nicht um eine theologische Diskussion. Halten wir uns deshalb an das, was im Namen des Islam gelebt wird. Ich deute Religion als eine kulturelle Dimension. So wie es eine christliche Lebenseinstellung, ein Grundverständnis von Ethik, einen Wertekanon im Christentum gibt, gibt es auch diese kulturelle Di-

mension im Islam. Religion ist ein kulturelles System, das unserem Leben die Dimension des Transzendenten gibt. Religion vermittelt eine allgemeine Seinsordnung über die soziale Wirklichkeit hinaus.

In der türkisch-islamischen Gesellschaft existieren spezifische Menschen- und Weltbilder, die eng mit der Religion verbunden sind und von ihr legitimiert werden: Aus der Vorstellung der Umma, der Glaubensgemeinschaft, leitet sich ein soziales Konzept von Gemeinschaftlichkeit ab, das der Gemeinschaft den Vorrang vor dem Individuum gibt. Damit steht es im Gegensatz zum Bild von der Einzigartigkeit des Individuums in Gesellschaften christlicher Prägung, das deren Transformation zu demokratischen Gesellschaften erleichtert hat. Der Christenmensch wurde durch die Entdeckung des Gewissens zum verantwortlichen Einzelnen. Wer Verantwortung trägt, kann auch schuldig werden. Umgekehrt gilt auch: Ohne Gewissen keine Verantwortung. Die Frage der Individuierung ist von Gewissen, Moral und Werten nicht zu trennen – auch wenn wir das zuweilen zu vergessen drohen. Ohne diese Instanzen hätten wir uns keine Gesetze, keine Verfassung, keine Grundrechte geben können.

## 9.

Zwar versuchten seit Anfang der Zwanzigerjahre des letzten Jahrhunderts die rechten wie linken politischen Kräfte der türkischen Republik, den Islam konsequent zurückzudrängen, aber sie setzten dem Kollektivgedanken dieser Religion kein Konzept der Stärkung individueller Rechte und individueller Emanzipation entgegen, sondern füllten ihn – ganz nach Gusto – mit neuen kollektivistischen Konzepten

wie dem der kommunistischen Revolution, des kurdischen Separatismus und des türkischen Nationalismus. Die türkische Verfassung betont zwar im Artikel 1 den »Frieden der Gemeinschaft« und »den Nationalismus Atatürks« und gewährt in Artikel 12 Grundrechte, verpflichtet gleichzeitig jeden aber auf die Verantwortung der Gemeinschaft und der Familie gegenüber.

Dies mag auch ein Grund dafür sein, warum es bürgerliche oder liberale Parteien in der Türkei so schwer haben und nie eine wirkliche Bürgerbewegung entstand. Es gelang den Kemalisten nicht, den Staat auch und zuallererst als Schutzorganisation für die Rechte des Einzelnen zu definieren. Obwohl Atatürk den Islam verdrängte, leidet seine Idee der aufgeklärten Republik daran, dass er zwar den Staat säkularisierte, aber nicht als eine Gemeinschaft von Individuen, sondern weiterhin als Kollektiv organisierte. Das Prinzip der Umma, der in sich und nach außen geschlossenen Gemeinschaft, wurde nicht infrage, sondern auf den Kopf gestellt und zum Prinzip des Türkentums erhoben.

Und dieses Prinzip – ich nenne es den türkisch-muslimischen Common Sense, oder nennen Sie es Leitkultur – wird mehr oder weniger »fraglos« gelebt. Von strenggläubigen Muslimen, aber auch von türkischen Familien, die sich auf Nachfrage als republikanisch bezeichnen würden. In der Türkei und in der Migration.

10.

Ich habe vor zehn Jahren begonnen, mich mit den Themen Migration und Integration zu beschäftigen. Ich ging davon aus, dass die säkularisierte, demokratische und soziale Zivilgesellschaft eine Chance für die Migranten und vor al-

lem für deren Kinder darstellt. Mein Studium habe ich mit einem Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung finanzieren können, wofür ich sehr dankbar bin. Meine Forschungen habe ich ohne öffentliche Unterstützung betrieben. Denn ich habe gegen die stillschweigende Übereinkunft der Migrationsforscher verstoßen, die darauf ausgerichtet ist »zu erklären, um zu verstehen und um zu helfen«.

Für sie sind die Migranten die Opfer dieser Gesellschaft. Wer sich mit einer solchen Position bescheidet, hat sich für eine Einbahnstraße entschieden: der Migrant, das abhängige Mündel der deutschen Gesellschaft. Praktisch bedeutete die Umsetzung dieser These in die Praxis: Den Migranten wurde die Eigenverantwortung abgesprochen, das deutsche Sozial- und Schulsystem hatte für die Integration zu sorgen. Die Folgen sind nicht mehr wegzudiskutieren: Die Integration eines großen Teils der Migranten ist auch wegen dieses falschen Politikansatzes gescheitert.

Ich halte aber die Verantwortung des Einzelnen, die des Wissenschaftlers ebenso wie die des Migranten, für das Gelingen der Integration für unverzichtbar. Ohne Zweifel, wir müssen fördern, aber wir müssen auch den Willen zur Integration einfordern.

Wir müssen mehr wissen über diese muslimische Parallelgesellschaft mitten in Deutschland. Wir müssen wissen, was in den Koranschulen gelehrt wird, wir müssen wissen, was die Hodschas in den Moscheen predigen, wir müssen wissen, warum sie so wenig mit den Deutschen zu tun haben wollen, warum sie so oft ihre Kinder nicht zur Schule schicken, ihren Töchtern die Teilnahme am Sportunterricht und den Klassenfahrten verweigern, warum sich Mädchen das Kopftuch anlegen – wir müssen mehr wissen über ihre Werte, Einstellungen und Motive. Wir müssen hingucken und uns eine ganze Menge einfallen lassen, wie wir die Muslime aus dem

Getto der Parallelgesellschaft herausholen und ihnen eine aktive Integration abverlangen können.

11.

(...) Lassen Sie mich noch einmal an Hans Scholl erinnern: »Wir haben das Recht, wenn wir Dostojewski gelesen haben, an Goethe Kritik zu üben. Aber zunächst müssen wir ihn verteidigen. Wir müssen ihn schützen, indem wir uns selber schützen.«

Die Auseinandersetzung mit dem, was uns fremd ist, ist wichtig – um den kritischen Blick für das Eigene zu schärfen und uns erkennen zu lassen, was an dem Eigenen schützenswert ist. Und dieses müssen wir bereit sein, auch zu verteidigen – andernfalls gäben wir uns selbst preis. Erst dann, und nur dann, kann ein Dialog entstehen, in dem sich zwei, ich und der andere, respektvoll begegnen, in dem *beide* aufgehoben und in ihren Rechten respektiert sind. Und darum geht es – »Menschen zu schützen, nicht ihre Ideen«, wie Salman Rushdie sagt, der wegen seines Buches »Satanische Verse« von Khomeini mit einer Fatwa überzogen wurde. Und er sagt weiter: »Es ist völlig in Ordnung, dass Muslime – dass alle Menschen – in einer freien Gesellschaft Glaubensfreiheit genießen sollten. Es ist völlig in Ordnung, dass sie gegen Diskriminierung protestieren, wann und wo immer sie ihr ausgesetzt sind. Absolut nicht in Ordnung ist dagegen ihre Forderung, ihr Glaubenssystem müsse vor Kritik, Respektlosigkeit, Spott und auch Verunglimpfung geschützt werden. Die Trennung zwischen dem Individuum und seiner Überzeugung gehört zu den Grundlagen der Demokratie, und eine Gemeinschaft, die sie zu verwässern sucht, tut sich damit keinen Gefallen.«<sup>3</sup>

(...) Wenn allein in Berlin 6000 Mädchen und Frauen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres den Mut hatten, Hilfe gegen Gewalt und Verheiratung bei Noteinrichtungen zu suchen, dann ist es diese Öffentlichkeit, die ihnen Mut gemacht hat, ihr Schicksal nicht mehr nur zu erdulden, sondern sich zu wehren.

## 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei<sup>4</sup>

Vortrag bei der Konrad-Adenauer-Stiftung 2011 in Bremen

Wir stehen heute vor der Tatsache, dass sich unsere Gesellschaft schwertut, bestimmte Gruppen von Migranten so in die wirtschaftlichen Prozesse zu integrieren, dass sich – wie man unter Betriebswirten sagt – eine Win-win-Situation, ein Ergebnis zu beiderseitigem Nutzen, einstellt. Die Mehrheitsgesellschaft klagt u. a. über die hohen sozialen Kosten der Zuwanderung und mangelnde Integrationsbereitschaft. Immigranten fühlen sich ausgegrenzt, benachteiligt, unverstanden. Die Ursachen werden – je nach politischer Verortung – in politischen, sozialen, ökonomischen oder kulturell-religiösen Faktoren gesehen. Fast jede Stadt und jedes Land, so auch Bremen, hat inzwischen ein Integrationskonzept erarbeitet. Und die Bundesregierung mobilisiert jährlich über 750 Millionen Euro für einen Integrationsplan.

Aber bevor wir darüber sprechen, ob Geld die Lösung sein kann, sollten wir die Geschichte der Migration und Lage der Migranten analysieren, die Ursachen für die

Misere herausarbeiten. Ich möchte mich dabei auf die Zuwanderung aus der Türkei beschränken. Zum einen ist dies die größte Gruppe der Zuwanderer, zum anderen sind dort aus verschiedenen Gründen die Probleme am größten.

»Jeder unserer Brüder und [jede unserer] Schwestern hat hier Tag und Nacht gearbeitet, um Herzen zu gewinnen. Sie haben jede Bitterkeit zu Honig gemacht, jedweder Schwierigkeit getrotzt.« Das sagte der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan 2008 bei einer Rede vor türkischen Immigranten in Köln. Das war Balsam für die Seele seiner Anhänger, sie hörten es nur zu gern. Und auch deutsche Politiker neigen dazu, die Geschichte der Arbeitsmigration als eine von türkischen Opfern und deutscher Schuld durch Ausbeutung zu erzählen. Aber diese Version der Geschichte ist ein Märchen.

1961 wurde auf Initiative und Druck der türkischen Regierung das Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Türkei – ähnlich wie bereits 1955 mit Italien und anderen Ländern – geschlossen. Es gab »geopolitische« Gründe. Die USA drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen. In Kuba hatte Fidel Castro 1959 den Diktator Batista und die Amerikaner verjagt, und auch in der Türkei revoltierten die Studenten und Gewerkschaften. Das globale Gleichgewicht im Kalten Krieg schien aus der Balance zu geraten.

Als 1960 dem türkischen Militär die innenpolitische Lage zu brenzlich wurde, ergriff es per Handstreich die Macht und inhaftierte den Ministerpräsidenten Adnan Menderes, der demokratische Reformen angestoßen, die Türkei in die Nato geführt hatte und mit einer Reislamisierung liebäugelte. Kein westlicher Staat protestierte ernsthaft gegen den Putsch. Die Nato brauchte an der »Südflanke« des sozialistischen Blocks Verbündete, und die militärisch schlagkräf-

tige Türkei war der historisch bewährte Partner. Das zeigte wenig später die Kubakrise, als die Türkei die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zuließ. Die Nato-treuen türkischen Generäle forderten dafür einen Preis: Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas. Die Hebel waren u. a. das Anwerbeabkommen und zwei Jahre später das Ankara-Abkommen, das der Türkei den Weg in die Zollunion und später in die Europäische Gemeinschaft ebnete.

Am 31. Oktober 1961, sechs Wochen nachdem Menderes auf der Insel Imrali im Marmara-Meer wegen »Verfassungsbruchs« hingerichtet worden war, vereinbarte man in Bad Godesberg das Anwerbeabkommen.

Die innertürkische Politik war 1960 an den Problemen einer rasch wachsenden Bevölkerung und an der Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der eigenen Gesellschaft gescheitert. Die Regierenden folgten einer Doktrin, die der Staatsgründer Atatürk vorgegeben hatte. Man versuchte die Wirtschaft und auch die Nahrungsmittelproduktion planwirtschaftlich zu kontrollieren, man hielt die Brotpreise künstlich niedrig, schlug auf Weizenfeldern »Ernteschlachten«, als ginge es um einen Frontverlauf. Man setzte die Preise und Abnahmemengen z. B. für Zucker und Weizen zentral fest und verhinderte eine marktwirtschaftliche Entwicklung von Angebot und Nachfrage. Und obwohl damals 80 Prozent der Bevölkerung auf dem Land lebten, wurden dort nur drei Prozent des Staatshaushalts investiert. Die Folgen waren eine nachhaltige Landflucht und die Verarmung der anatolischen Bevölkerung. Millionen Menschen zogen in die Städte, über Nacht entstanden »Gecekondus«, Slumviertel am Rand der großen Städte. Wer konnte, folgte dem Angebot aus Almanya. Ein deutscher Arbeitsvertrag galt wie ein Lottogewinn. Es gab vier Mal so viele Bewerber, wie Stellen vermittelt werden konnten.

Denn so stark und verlässlich die türkische Armee war, so schwach war die Türkei wirtschaftlich. Es drohten Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut und in der Folge nicht nur ein Aufstand der Jugend und unter den Militärkadetten, sondern auch der Staatsbankrott. Die türkische Regierung unter Ministerpräsident Ismet İnönü versuchte mit einer Verfassungsreform der Unruhe Herr zu werden und erhoffte sich vom Arbeitskräfteexport eine Entlastung des türkischen Arbeitsmarktes und – durch Geldüberweisungen der Migranten an ihre Familien in der Türkei – die Senkung des Handelsbilanzdefizits. Außerdem, so die Spekulation, würden die Arbeitskräfte im Westen Know-how erwerben und ihr neues Wissen in die Türkei bringen, was wiederum helfen könnte, die türkische Wirtschaft zu modernisieren.

Das bundesdeutsche Arbeitsministerium hatte Bedenken gegen das Engagement von ungelernten türkischen Arbeitskräften, glaubte man doch, die kulturell-religiöse Distanz zwischen den Menschen sei dem gesellschaftlichen Frieden nicht förderlich. Aber die Einwände der Sozialpolitiker wurden beiseitegeschoben, und das Außenministerium übernahm die Vertragsverhandlungen. Die Türkei musste, mit welchen Mitteln auch immer, wirtschaftlich gestärkt werden, und der westdeutschen Wirtschaft erschien es profitabel, für ein, zwei Jahre billige Arbeitskräfte aus Anatolien zu beschäftigen.

Die Bedingungen für die Anwerbung waren rigide. Die Arbeitsverträge wurden auf zwei Jahre begrenzt (das wurde 1964 auf Wunsch der Industrie wieder aufgehoben), und man setzte zunächst auf ein Rotationsprinzip – nach zwei Jahren sollte ein Arbeiter durch einen anderen aus der Türkei ersetzt werden –, was sich als nicht durchführbar herausstellte, weil so immer wieder Anlern- und Eingewöhnungszeiten anfielen. Explizit war in den Verträgen

auch vereinbart, dass nur Unverheiratete angeworben werden durften.

Politik und Wirtschaft in Deutschland setzten darauf, dass die Gastarbeiter möglichst wenig kosteten und dabei ihre »kulturelle Identität« bewahrten, damit die Rückkehrfähigkeit erhalten blieb.

Bis 1973, im Laufe von zwölf Jahren, wurde so der türkische Arbeitsmarkt von 857 000 Erwerbsuchenden entlastet. Das Anwerbeabkommen war das Ventil, mit dem Druck vom sozial und politisch unter Druck stehenden Kessel der Türkei entwich. Die Gastarbeiter, die in der Türkei bald »Almancis«, Deutschländer, genannt wurden, schickten jeden Monat einen Teil ihres Lohns aus dem kalten Norden nach Hause. Das war für Anatolien und jede einzelne Familie ökonomisch ein Segen. Geschätzt lebten um 1970 bis zu zehn Prozent der 30 Millionen Menschen in der Türkei teilweise oder ganz von Überweisungen aus Deutschland, die Geburtenrate lag damals in der Türkei zwischen 4,7 Kindern je Frau in der Westtürkei und 7,4 im Osten. Vom damals in Deutschland ersparten Lohn – er war im Durchschnitt vier Mal so hoch wie in der Türkei – und dem Kindergeld für die vielen Kinder konnte in der Türkei eine ganze Familie einschließlich der Großeltern leben. Die erste Generation der Gastarbeiter ernährte so nicht nur sich und ihre Kleinfamilien, sondern auch ihre Großfamilien in Anatolien und rettete ihr Land vor dem Bankrott. Die Entbehrungen und Leistungen dieser Menschen der ersten Generation wurden weder in der Türkei noch in Deutschland offiziell wahrgenommen. Erst Günter Wallraff machte mit seinen Reportagen von »Ganz unten« die Lage vieler Türken in Deutschland publik.

Aber gleichzeitig muss erwähnt werden, dass der Satz »Wir Türken haben Deutschland mit aufgebaut« nur einen

Teil der Realität beschreibt, denn die Türken waren nicht allein, sondern Teil des Millionenheers der Arbeitsmigranten auch aus anderen europäischen Ländern, die seit 1955 in Deutschland arbeiteten. Wenn heute so getan wird, als seien Türken damals unter die Räuber gefallen, ausgebeutet und diskriminiert worden, ist das bestenfalls die halbe Wahrheit – und das Märchen vom Honig ist so süß wie falsch. Der Honig, von dem Erdogan spricht, wurde zwar von fleißigen türkischen Arbeitsbienen in Almanya gesammelt, verzehrt aber wurde er zum größten Teil in der Türkei. Für viele war dies die einzige Nahrung, denn die Türkei konnte ihre eigenen Leute nicht ernähren. »Die Almancis haben damals die Türkei gerettet«, müsste daher eigentlich auch ein ehrlicher Dank an diese Menschen lauten.

Willy Brandt mahnte 1973 in der Regierungserklärung zu seiner zweiten Amtszeit die Wirtschaft in Bezug auf die Anwerbepolitik ausländischer Arbeiter: »Es ist aber ... notwendig geworden, dass wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten. Wir dürfen das Problem nicht dem Gesetz des augenblicklichen Vorteils allein überlassen ...« Mit der weltweiten Ölkrise 1973 war der dynamische wirtschaftliche Aufschwung der Wirtschaftswunderjahre endgültig zum Erliegen gekommen. Die Gastarbeiter hatten ihre Schuldigkeit getan. 1974 wurden die Anwerbeabkommen mit den Ländern des europäischen Südens und der Türkei gekündigt. In den Jahren 1962 bis 1974 waren, wie Welf Selke in einer Studie über Ausländerwanderung feststellt, 8,8 Millionen Ausländer in die Bundesrepublik gekommen, 5,2 Millionen verließen das Land wieder.<sup>5</sup> Italiener, Spanier, Griechen kehrten mehrheitlich in ihre Länder zurück, weil sich dort die Verhältnisse stabilisiert hatten. Die meisten Türken aber blieben. Die wirt-

schaftliche Situation in der Türkei hatte sich nämlich nicht entscheidend verbessert. Ende 1973 gab es 1,027 Millionen Türken in der Bundesrepublik Deutschland,<sup>6</sup> davon waren 528 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigt.<sup>7</sup> Nach Auskunft der Deutschen Bundesbank überwies diese Gruppe 1973 rund 2,4 Milliarden DM in die Türkei.<sup>8</sup> Das war pro Kopf ein durchschnittlicher Betrag von etwa 2300 DM im Jahr. Der Monatslohn eines Gastarbeiters z. B. bei den Hella-Werken in Lippstadt betrug 1973 nur 760 DM brutto.<sup>9</sup> Von 1961 bis Ende 1973 überwiesen türkische Mitbürger knapp 10 Milliarden DM in die Türkei. Und die Kühlschränke, Waschmaschinen und Fernseher, die sie sich in Deutschland anschafften, wurden, wenn möglich, im Sommerurlaub auf dem Dach des neuen Autos in die Türkei transportiert. So kurbelte man die deutsche Wirtschaft an und brachte ein wenig Wohlstand in die Türkei. Sich selbst und ihren Kindern gönnten die Arbeiter der ersten Generation wenig, alles wurde für »das nächste Leben« aufgespart.

Ein von der Bundesregierung aufgelegtes Programm mit Qualifizierungsmaßnahmen und Investitionshilfen für Rückkehrer stieß auf wenig Nachfrage und Unterstützung von türkischer Seite. Der spätere Leiter des Zentrums für Türkeistudien, Faruk Sen, stellte 1980 in seiner Dissertation fest: »Wegen der hervorragenden Bedeutung der Gastarbeiterüberweisungen für die türkische Wirtschaft ist auch die Regierung an einer Rückkehr der Türken aus dem Ausland nicht interessiert.«<sup>10</sup> Die Türken wollten die Almancis nicht zurück, und für die türkischen Arbeiter war es finanziell allemal vorteilhafter, in Deutschland arbeitslos zu sein als in der Türkei. 1973 standen noch 1,2 Millionen Bewerber auf den Wartelisten, um in Deutschland einen Arbeitsplatz zu bekommen.<sup>11</sup> Vielleicht war und ist es auch weniger Patriotismus, sondern kühles ökonomisches Kalkül, wenn die tür-

kischen Regierungen bis heute die Auslandstürken an ihr Land binden und die »Almancis« nicht in die Identität ihrer neuen Heimat entlassen. Wer in Mainz ein Haus baut, braucht vielleicht keins mehr in Malatya. Insgesamt überwiesen türkische Arbeitnehmer – die Zahlungsbilanzdaten der Deutschen Bundesbank zugrunde gelegt – in den letzten 50 Jahren umgerechnet etwa 60 Milliarden Euro in die Türkei. Seit 2004 sind die Zahlungen vor allem von Renten in die Türkei rückläufig, da durch das neue Aufenthaltsgesetz das Pendeln zwischen den Ländern wesentlich erleichtert wurde.

Nicht nur die wirtschaftliche, auch die politische Situation in der Türkei war in den Siebzigerjahren unsicher. Die Regierung der Republikanischen Volkspartei CHP unter Bülent Ecevit setzte weiter auf staatlichen Dirigismus, sie gab den Opiumanbau »für Arzneimittelzwecke« frei, dessen illegaler Ertrag zu einer finanziellen Stärkung der Arbeiterpartei Kurdistans PKK und zur Verschärfung des Drogenproblems in Europa führte. Die CHP beförderte die Intervention auf Zypern, verstärkte so den aufkommenden »Antiamerikanismus« in der Türkei und verbündete sich in der Regierung mit Necmettin Erbakan, dem Gründer der islamischen Bewegung Milli Görüs. Ab 1975 regierte die nationale Rechte mit Süleyman Demirel; mit der neuen Partei des ehemaligen Oberst Alparslan Türkeş, der MHP, hatte sie die »nationale Front« gebildet. Das Land steuerte auf eine neuerliche innenpolitische Zuspitzung zwischen Rechten und Linken und den Kampf um die Rechte der Kurden zu.

1980 kam es wieder zu einem Militärputsch. Und nicht nur deshalb suchten vor allem viele Kurden ihr Heil in der Migration, während die Almancis lieber im Norden blieben. Es gab nach 1973 nur zwei Wege, nach Deutschland zu kommen: entweder als politischer Flüchtling oder als Braut

oder Bräutigam im Rahmen der Familienzusammenführung. Die Zahl der Türken in der Bundesrepublik erhöhte sich so trotz des Anwerbestopps bis 1980 um 42,4 Prozent auf über 1,4 Millionen.<sup>12</sup> Die wesentliche Ursache dafür war u. a. einer der großen Irrtümer der deutschen Politik: Eine im »Ausländergesetz« zunächst wenig beachtete Regelung, die im Rahmen der Familienzusammenführung Ehepartnern und Kindern den Nachzug erlaubte, entwickelte eine Eigendynamik, die niemand vorausgesehen hatte.

Ende 1973 zahlte die Bundesrepublik an knapp 900 000 im Ausland lebende Kinder von Gastarbeitern Kindergeld. Das neue Kindergeldgesetz erhöhte die Beiträge 1975 um etwa 50 D-Mark pro Kind und Monat – allerdings nur für Kinder, die im Inland lebten. Außerdem sollte allen Kindern und Jugendlichen, die im Rahmen der Familienzusammenführung vor Ende 1976 nach Deutschland kamen, später eine Arbeitslaubnis erteilt werden. Wer rechnen konnte, holte seine Familie nun nach Deutschland, denn auch wenn man keine Arbeit bekam, zahlte der deutsche Staat Schulbildung, Krankenversicherung, Sozialhilfe, Wohngeld und/oder Arbeitslosengeld. Insgesamt kamen so jährlich bis zu 100 000 Menschen nach Westdeutschland. Allein 1979 waren von den ausländischen Jugendlichen zwischen 15 und 20, die durch diese Maßnahmen auf eine Zahl von 350 000 angewachsen waren, rund 100 000 arbeitslos.<sup>13</sup> Aber es kamen nicht nur die Frauen und Kinder, sondern auch eine andere Kultur, eine andere Art zu leben, andere Traditionen und Sitten und eine Religion, der Islam. Das anatolische Dorf und die Moschee kamen nach Deutschland. Die türkischen Migranten begannen sich in Deutschland einzurichten, wie sie es aus ihrem Heimatdorf kannten. Und die deutsche Politik verschloss die Augen vor den Problemen. Deutschland wollte kein Einwanderungsland sein.

Während die erste und auch die zweite Generation der Migranten meist als Einzelpersonen oder als Kleinfamilien kamen und selbstständig Anpassungsleistungen erbrachten, deutsche Freunde und Bekannte hatten, änderte sich dies auch für diese Familien mit der massenhaften Zuwanderung grundlegend. Großfamilienstrukturen und ganze Clans entstanden, vor allem in den Großstädten und Ballungsräumen. Und man organisierte sich – durch die türkische Regierung unterstützt – zuerst in Kultur-, dann in Moscheevereinen, entwickelte eigene Infrastrukturen vom Lebensmittelhändler über eigene Banken bis zum Beerdigungsverein. Man lebte in Deutschland, aber brauchte – außer dem sozialen Netz – die Deutschen nicht.

Zur Tradition gehörte, dass man die Söhne und Töchter mit Verwandten aus der Türkei verheiratete. Über die Familienzusammenführung umging man das Zuzugsverbot. Dabei handelte es sich nicht, wie der türkische Ministerpräsident Erdogan in der *Bild-Zeitung* am 2. November 2011 behauptete, um »die Sprache der Liebe«; mit diesem Heirats-export verband sich vielmehr handfestes wirtschaftliches und politisches Kalkül. Über eine halbe Million Menschen – meist Frauen – kamen im Laufe der Jahre so nach Deutschland. 53 Prozent der türkischstämmigen Einwohner wanderten über die Familienzusammenführung ein, stellt Stefan Luft in seinem Buch »Abschied von Multikulti« fest. Diese Einwanderer kannten meist weder die Sprache, noch mussten sie Deutsch lernen, denn in den Familien wurde vom Essen bis zur Kindererziehung alles auf Türkisch oder Kurdisch geregelt. Gefördert wurde diese Entwicklung durch die Weigerung der Politik anzuerkennen, dass aus Gastarbeitern Einwanderer geworden waren und man Regeln für ihre Integration brauchte. Dabei hatte der Sozialdemokrat und erste Ausländerbeauftragte Heinz Kühn bereits 1979

ein Memorandum zur Lage der Migranten verfasst und war darin zu dem Schluss gekommen, dass Deutschland faktisch ein Einwanderungsland sei. Und dass für Integrationserfolge Bildungs- und Sprachförderung erste Priorität haben mussten. Aber diese lapidare Erkenntnis brauchte noch fast dreißig Jahre, bis sie auch in der Bundespolitik ankam.

Durch den Zustrom vornehmlich kurdischstämmiger Flüchtlinge, der nach dem Militärputsch von 1980 in der Türkei und erneut nach dem Fall der Mauer 1989, als die Grenzen zeitweilig offen waren, einsetzte und zunächst eher politisch und später auch wirtschaftlich motiviert war, verschärfte sich die Situation nochmals. Es entwickelten sich parallele Kollektivstrukturen in Deutschland, die sich gesellschaftlich, kulturell und religiös abgrenzten. Es entstanden wirtschaftlich wie kulturell homogene ethnische Kieze, einige werden bis heute auch von kriminellen Strukturen (Drogenkartelle, PKK) beherrscht.

Durch die technologische Entwicklung und Automatisierung in der Industrie nahm die Zahl der einfachen Arbeitsstellen immer weiter ab. Man benötigte weniger und dafür besser qualifizierte Arbeitskräfte. Viele Migranten fanden bald keinen auskömmlichen Job mehr, da sie nicht über die nachgefragte Ausbildung verfügten. Sie wurden arbeitslos und zu Empfängern von Sozialleistungen. Knapp 42 Prozent etwa aller in Berlin lebenden Türken im erwerbsfähigen Alter sind heute erwerbslos, und sie und ihre Familien leben von Transferleistungen. Das scheint auch kurzfristig nicht korrigierbar, denn 30 Prozent der türkischstämmigen Jugendlichen in Berlin haben keinen Schulabschluss und 70 Prozent erreichen nur einen Hauptschulabschluss; nur jeder Fünfte hat einen Ausbildungsplatz. Jeder Fünfte beherrscht zudem die deutsche Sprache nur mangelhaft oder gar nicht. Das ist nicht nur für jeden einzelnen Jugendlichen